LÄNDER–ANALYSEN



Nr. 489 | 11.11.2026

Russland-Analysen

Künstliche Intelligenz
Rekrutierung
Menschenrechtsverletzungen

ANALYSE
Russische militärische KI-Fähigkeiten: Aussicht auf technologische Souveränität? 2
Anna Nadibaidze (Süddänische Universität, Odense)

DEKODER
»Ihr werdet bestimmt nicht in den Sturm geschickt.« Wie Studierende in ganz Russland für Drohnen-Streitkräfte geworben werden 7

UMFRAGE
Furcht vor einer Mobilmachung 11

DOKUMENTATION
Russische Verluste im Eroberungskrieg gegen die Ukraine 11

DOKUMENTATION
UN-Stellungnahmen zu russischen Luftangriffen auf zivile Ziele in der Ukraine 15

Austausch e.V. präsentiert den Bericht »Rechtswidriger Freiheitsentzug von ukrainischen und ausländischen Staatsangehörigen durch die Besatzungstruppen der Russischen Föderation« 16

DOKUMENTATION
Erklärung der Nowaja Gaseta zur Schließung der Zeitung 17

DOKUMENTATION
Pressemitteilung des Europarats: Russland tritt offiziell aus der Anti-Folter-Konvention des Europarats aus 19

CHRONIK
Hinweis auf die Online-Chronik 20

Aufgrund der PHP-Sicherheitslücke finden Sie die aktuellen Ausgaben der Länder-Analysen derzeit nur bei
https://dgo-online.org/publikationen/laenderanalysen/

Ältere Ausgaben sind bei der Bundeszentrale für politische Bildung archiviert:
https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde | Deutsches Polen-Institut | Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen | Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien | Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung | Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

DGO Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. · DEUTSCHES POLEN INSTITUT · Forschungsstelle Osteuropa · iamo Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien · IOS · ZOiS Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien Centre for East European and International Studies

ANALYSE

Russische militärische KI-Fähigkeiten: Aussicht auf technologische Souveränität?

Anna Nadibaidze (Süddänische Universität, Odense)

DOI: 10.31205/RA.489.01

Zusammenfassung

Die russische Führung betont bei ihrem Streben nach technologischer Souveränität, wenn diese als Kontrolle über kritische technologische Infrastruktur definiert wird, wie wichtig die Entwicklung von KI-Technologien zu militärischen Zwecken ist. Dass Russland KI in seinen Flugdrohnen und militärischen Systemen der Entscheidungsunterstützung bei seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine einsetzt, ist Teil der anhaltenden Bemühungen um innovative, militärisch nutzbare KI-Lösungen. Die Anstrengungen waren zumindest in dem Maße erfolgreich, dass sie eine Bedrohung für die Sicherheit der Ukraine und Europas darstellen. Gleichzeitig macht die Verwendung ausländischer Komponenten in Russlands militärischen Technologien deutlich, vor welchen Herausforderungen Russland auf seinem Weg zu einer KI-Souveränität steht. Das gilt insbesondere für die Hardware, die für eine fortschrittliche Entwicklung von KI benötigt wird. Die Aussichten auf eine technologische KI-Souveränität Russlands hinken dadurch zwar den Ansprüchen der russischen Regierung hinterher, doch ist es wichtig zu verfolgen, wie Moskau KI-gestützte Technologien in seine militärischen Liefer- und Versorgungsketten integriert, um die Produkte dann in dem derzeitigen Krieg gegen die Ukraine und gegen die ukrainische Zivilbevölkerung einzusetzen.

Im August 2026 berichtete die *New York Times*, dass bei einem russischen Angriff auf Saporischschja, bei dem eine KI-gesteuerte Drohne eingesetzt wurde, drei Zivilist*innen ums Leben kamen. Diese Drohne habe KI-gestützt vorprogrammierte Ziele automatisch ausgewählt und attackiert, ohne dass ein Mensch die letzte Entscheidung fällte. In das Waffensystem seien auch Computermodule des Halbleiterunternehmens *Nvidia* eingebaut gewesen, auch wenn *Nvidia* seine Produkte wegen der russischen Vollinvasion in die Ukraine verhängten Sanktionen nicht direkt nach Russland liefert.

Dieser Vorfall illustriert gut die militärischen KI-Fähigkeiten, über die Russland im Herbst 2026 verfügt. Zum einen wird deutlich, dass die russische Führung ihre Strategie, die Bevölkerung der Ukraine in diesem Angriffskrieg zu terrorisieren, beibehält. Zweitens verfügt das russische Militär über eine wachsende Zahl von Instrumenten, unter anderem im Bereich der KI (im weiteren Sinne verstandenen).

Gleichzeitig treffen, drittens, die Aussichten auf Russlands technologische Souveränität – die ein zentrales Narrativ darstellt, das von Moskau in den letzten Jahren verfolgt wird – weiterhin auf eine Reihe Herausforderungen. Um fortschrittliche KI-Fähigkeiten zu entwickeln und zu trainieren, benötigt Russland ausländische Technologiekomponenten, unter anderem aus China und aus dem Westen. Diese werden trotz der Sanktionen – wie etwa die Hardware von *Nvidia* – über Drittländer oder Zwischenhändler erworben.

Gestützt auf diese Beobachtungen unternimmt dieser Artikel eine Bestandsaufnahme bestimmter Entwicklungen im Ökosystem der militärisch eingesetzten KI Russlands. Zunächst erfolgt ein Überblick über Russlands Pläne zur technologischen Souveränität, unter anderem in den Bereichen KI und Rüstung. Dann werden Russlands militärische Anstrengungen in zwei Bereichen herausgestellt, in denen es um die Integration von KI in Waffensysteme geht, nämlich um KI in Flugdrohnen und den Einsatz von KI bei der Zielerfassung und Zielauswahl. Als Drittes werden die Herausforderungen erörtert, die für die angestrebte technologische Souveränität bestehen. Abschließend folgen einige Überlegungen zur Notwendigkeit, die Innovationen in der russischen Rüstungstechnologie zu beobachten, wie auch zu den Implikationen für die europäische Sicherheit. Die Analyse stützt sich auf Daten aus offen zugänglichen Quellen wie offizielle Stellungnahmen, Strategiepapiere sowie russisch- und englischsprachige Medienberichte. Die Verfasserin verweist dabei darauf, dass Informationen aus staatlichen oder staatsnahen Quellen mit Vorsicht zu behandeln sind.

Militärisch eingesetzte KI und Russlands Streben nach technologischer Souveränität

Technologische Souveränität ist in der Politik der russischen Führung und deren Strategien im KI-Bereich zu einem wichtigen Motto geworden – manche mögen es gar als modischen Begriff bezeichnen. Das gilt insbesondere nach der russischen Vollinvasion in die Ukraine. Eine markante Illustration hierzu ist das Föderale Gesetz über die Förderung der Entwicklung von KI-Technologien in Russland, das die Staatsduma verabschiedet und

das Präsident Wladimir Putin im Juli 2026 unterzeichnet hat. Das übergeordnete Ziel des Gesetzes besteht darin, technologisch die Unabhängigkeit von ausländischen Komponenten zu stärken, die für die Entwicklung von KI-Modellen benötigt werden. Das Gesetz bildet einen Rahmen zur Regulierung von Basismodellen und verfügt eine Reihe von Maßnahmen zur Entwicklung von »souveränen« und »nationalen« KI-Modellen. Erstere sollen allein aus russischen Komponenten bestehen, während bei letzteren die Möglichkeit besteht, sich auch auf einige ausländische oder Open-Source-Komponenten zu stützen. Zuvor hatte die Staatsduma 2024 ein Gesetz über Russlands Technologie-Politik verabschiedet, das ebenfalls betonte, Russland müsse bei Innovationen seine Unabhängigkeit sicherstellen. Im gleichen Jahr hatte Wladimir Putin einen Erlass über Russlands Entwicklungsziele für die Jahre 2030 bis 2036 unterzeichnet. Dort wurden konkrete Ziele zur Steigerung der »technologischen Führungsrolle« Russlands formuliert, unter anderem im KI-Bereich.

Angesichts des Umstands, dass die Regulierungsversuche in den zivilen und den militärischen Bereich aufgespaltet sind, betreffen derartige politische Maßnahmen offiziell nur die zivile Anwendung von KI-Modellen. Schließlich wurde zum Beispiel die Anwendung von KI-Modellen allein für militärische Zwecke von den Parlamentsdebatten zum Entwurf des Föderalen Gesetzes ausgenommen. Der Entwurf war vom Ministerium für digitale Entwicklung, Telekommunikation und Massenmedien eingebracht worden. Verteidigungsrelevante Anwendungen fallen unter Regelungen wie das Staatliche Rüstungsprogramm und unter Richtlinien wie die Konzeption des Verteidigungsministeriums zum Vorgehen der Streitkräfte bei der Entwicklung und dem Einsatz von Waffensystemen mit Hilfe von KI-Technologien. Es ist allerdings wichtig zu bedenken, dass KI-Technologien Dual-Use-Güter sind: Trotz dieser verwaltungstechnischen Trennung sickern Entwicklungen im zivilen Bereich auch in den militärischen Bereich ein, während Russland seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine fortsetzt.

Die Überführung von KI-Innovationen und Anstrengungen für technologische Souveränität in den Verteidigungssektor hatte für die russische Führung Priorität. Der offizielle Diskurs stellt das Interesse an der Entwicklung von militärischen KI-Lösungen als sehr groß dar: Putin hat mehrfach Russlands Leistungen im KI-Bereich mit der Frage nach der Sicherheit, der Souveränität und gar der Existenz des Landes verknüpft. Im Juni 2026 bezeichnete Putin die Entwicklung von Drohnen, in die KI integriert wurde, als eine der »wichtigsten Aufgaben«, und zwar nicht nur für das Militär und das Verteidigungsministerium, sondern auch für die Industrie und die zivilen Ministerien. Eine große Reihe von Akteuren, unter anderem in der Industrie und in Form von Freiwilligengruppen, arbeiten daran, das Militär mit hausgemachten militärischen KI-Anwendungen zu versorgen, insbesondere für Waffensysteme wie Flugdrohnen. Aus Berichten geht hervor, dass das Niveau der Innovation und des Einsatzes von KI-Modellen seit 2022 Fortschritte gemacht hat.

KI in russischen Drohnen

In längst nicht allen russischen Drohnenkonfigurationen sind KI-Technologien oder automatische Zielerkennungsfunktionen integriert. Die meisten der vom russischen Militär eingesetzten Drohnen sind ferngesteuert, auch diejenigen Modelle, die – wie etwa in Cherson – durch einen als »Menschen-Safari« bezeichneten Einsatz die ukrainische Bevölkerung terrorisieren sollen. Die Idee, KI-Technologien in fliegende Drohnen zu integrieren, besteht darin, deren Autonomie zu erhöhen, indem verschiedene Funktionen ermöglicht werden, etwa die Sammlung von Daten oder das Navigieren zum Ziel. Auch sollen die Drohnen dadurch elektronische Kampfmittel und Jamming (Störsignale) überwinden sowie schneller operieren können.

Eines der Modelle, das Berichten zufolge computergestützte Sichttechniken einsetzt, um ein Ziel auszuwählen und dieses ohne menschliches Zutun anzugreifen, heißt V2U. Es ist eine Art Loitering Munition [Kamikaze-Drohne – Anm. d. Red.] und eine Einwegdrohne, die sich beim Angriff auf ihr Ziel selbst zerstört. Es kann sowohl zur Aufklärung wie auch zur Zielerfassung eingesetzt werden. Aus der Datenbank *Ukrainian War & Sanctions* (siehe in d. Lesetipps) geht hervor, dass in Drohnen vom Typ V2U Computermodule vom Typ *Nvidia Jetson Orin* eingebaut sind, ganz wie beim Loitering-Munitions-Modell *Molnija* (dt.: »Blitz«), das vermutlich bei dem erwähnten Angriff auf Saporischschja eingesetzt wurde. Im April 2026 berichteten russische Staatsmedien, dass *Molnija-2* – eine weiterentwickelte Version von *Molnija-1* – für den Fall, dass die Verbindung zum »Piloten« unterbrochen wird (etwa durch ukrainische elektronische Kampfführung), die verbleibende Strecke zum Ziel KI-gesteuert selbständig bewältigen kann. Das ukrainische Militär hat *Molnija*-Modelle gefunden, die keine Funkantennen hatten. Das bedeutet, dass sie die Fähigkeit haben, sich vollkommen autonom selbst zu steuern und ihr Ziel anzufliegen.

Russland setzt seit vielen Jahren das Loitering-Munitions-Modell *Geran* ein, eine auf den iranischen *Schahed*-Drohnen basierende Variante. In der russischen Militärzeitschrift *Wojennaja mysl* erschien 2026 ein Bericht, in dem darauf verwiesen wird, dass es aktuell Anstrengungen gibt, weiterentwickelte Algorithmen in das Modell *Geran-2* zu integrieren. Eines der Ziele war dabei, die Fähigkeiten der Drohnen zu verbessern, in Schwärmen

anzugreifen. Dazu wurde eine Kommunikation der Drohnen untereinander und ohne direktes menschliches Zutun ermöglicht. KI-Technologien sollten dabei eingesetzt werden, innerhalb des Schwarms verschiedene Funktionen effizienter auf die Drohnen zu verteilen, unter anderem die Zielerfassung und Aufklärung.

KI in Systemen der Entscheidungsunterstützung

Ein weiterer Einsatzbereich von KI-Elementen bei der Kriegsführung ist die Unterstützung der Kommandeure bei der Zielerfassung und -auswahl. KI-gestützte Systeme der Entscheidungsunterstützung können zur Verarbeitung und Analyse nachrichtendienstlicher Informationen genutzt werden. Unter anderem können dabei in großen Datenmengen bestimmte Muster festgestellt und dadurch Vorgehensweisen entwickelt werden. Das russische Verteidigungsministerium hat Investitionen getätigt, um russische KI-Software in das gesamte operative Führungsnetz zu integrieren. Ein Bereich, auf den die Konzentration besonders gerichtet wird, ist die Entwicklung visueller Analysetechniken, mit denen riesige Datenmengen vom Schlachtfeld, insbesondere von Drohnen-Videos, aufgearbeitet werden können, um innerhalb dieser Daten Muster zu identifizieren und in Echtzeit Ziele zu bestimmen. Diese Anstrengungen gehen in die gleiche Richtung wie Initiativen anderer Staaten, beispielsweise das *Maven*-Projekt der Vereinigten Staaten, das ähnliche Ziele verfolgt und 2017 gestartet wurde.

Die russischen Anstrengungen in diesem Bereich werden in Form des digitalen Instruments Namens *Swod* sichtbar. Dieses wird mitunter als Tool zum »Schlachtfeld-Management« oder als System zur taktischen Lageanalyse umschrieben. *Swod* sammelt Daten aus unterschiedlichen Quellen (u. a. aus Drohnen-Videos, aus der Aufklärung, aus Satellitenbildern oder sozialen Medien). Dabei werden die Daten durch eine Integrierung von KI-Techniken aufgearbeitet, um das Kommandowesen und die Steuerung effektiver zu gestalten. Die russischen Streitkräfte haben dieses System von August bis Dezember 2025 getestet. Es gibt Pläne, es in allen Einheiten einzubauen und mit anderen Plattformen zu größeren Netzwerken zu verbinden.

Die Funktionen von *Swod* ähneln denen des ukrainischen Systems *Delta* zur operativen Führung auf dem Schlachtfeld. Letzteres übermittelt Daten in Echtzeit, mit denen das Militärpersonal auf taktischer Ebene bei der Zielbestimmung unterstützt wird. Während *Swod* erst seit April 2026 eingeführt wurde, ist *Delta* bereits seit 2023 im operativen Einsatz, und zwar in Zusammenarbeit mit westlichen Partnern, weswegen es fortschrittlicher ist. Einige Medienberichte verweisen darauf, dass *Swod* mit Algorhythmen chinesischer Entwickler arbeitet, was bedeutet, dass die Daten, mit denen diese Algorhythmen trainiert wurden, chinesischen Akteuren zur Verfügung gestanden haben. Falls sich das bestätigt, wäre das ein weiteres Zeichen, dass Russland von ausländischen Technologieelementen abhängig ist.

Zusätzlich zur Entwicklung der Technologien unternimmt das russische Militär Anstrengungen, das Personal an KI-gestützten Systemen zu schulen. Es wird anerkannt, dass es nicht ausreicht, die Hardware und die Programme zu erlangen: Es wird ein breiteres Netz von Fähigkeiten benötigt, um KI-gestützte operative Führungssysteme effizient einzusetzen.

Die genauen Ergebnisse dieser Anstrengungen sind zwar noch unklar, doch dürfte es sich lohnen, die Einbeziehung von Systemen wie *Swod* bei den russischen Operationen im Auge zu behalten.

Herausforderungen und Beschränkungen

Russland setzt zwar in Flugdrohnen und bei militärischen Systemen der Entscheidungsunterstützung zunehmend KI-Technologien ein, doch bedeutet das nicht unbedingt, dass Moskau auf seinem Weg zu einer technologischen Souveränität Fortschritte macht. Die Herausforderungen für die Ambitionen der russischen Führung – die sich aus den Sanktionen, den Exportbeschränkungen, der Abwanderung qualifizierter IT-Kräfte, der Korruption und dem allgemeinen Zustand der Wirtschaft ergeben – sind beträchtlich und längst noch nicht überwunden. Russland ist weit davon entfernt, im KI-Bereich eine globale Führungsposition einzunehmen. Das *Global AI Vibrancy Tool* der Universität Stanford stufte Russland 2024 auf Platz 28 von 36 Ländern ein, wobei es 42 Indikatoren KI-bezogene Leistungen gab. Russland ist äußerst bemüht, die Technologien zu entwickeln, die für fortschrittliche KI-Modelle benötigt werden, besonders was die Hardware betrifft, u. a. Halbleiter und Grafikprozessoren. Wie bereits anhand von Waffensystemen wie V2U und *Molnija* dargestellt wurde, verbaut Russland Komponenten, die es trotz der westlichen Sanktionen über Dritte und Zwischenhändler beispielsweise in China oder Kasachstan erwirbt. Zwar haben nicht alle Komponenten einen Bezug zu KI, doch versetzt der Zugang zu Hardware wie dem *Jetson*-Modul von Nvidia die Waffenentwickler der russischen Rüstungsindustrie in die Lage, die Arbeit an militärisch nutzbarer KI fortzuführen.

Akteure im russischen militärischen Ökosystem könnten auch ausländische generative KI und große Sprachmodelle (LLM) einsetzen, die kommerziell verfügbar sind. Die meisten dieser Modelle haben den aus Russland stammenden Modellen wie *YandexGPT* und dem *GigaChat* von Sberbank etliches voraus. So behauptet ein Bericht der US-Firma Anthropic von 2026, dass »wahrscheinlich in Russland zu verortende

Freelance-Kräfte« sich über ein privates virtuelles Netzwerk Zugang zu dem LLM *Claude* von Anthropic verschafft haben, um den »Kern eines Software-Systems« einer Drohne zu bauen, die zur vollautomatischen Zielerfassung eingesetzt werden kann. Fälle dieser Art legen nahe, dass russische Akteure – ganz gleich ob direkt mit dem Staat verbunden, von diesem unterstützt oder als freiwilliger Beitrag zu Russlands Kriegsanstrengungen – zwar nicht in der Lage sein könnten, von »souveräner« Spitzenhardware oder entsprechender KI zu profitieren, doch könnten sie Wege finden, auf solche Technologien zuzugreifen.

Schlussfolgerungen

Das Narrativ der russischen Führung rund um technologische und KI-Souveränität besagt, dass diese Souveränitäten für die Sicherheit und das Überleben Russlands unabdingbar sind. Die Bedingungen der realen Welt bedeuten zwar, dass die Aufgabe, die ständigen ambitionierten Verkündungen russischer Offizieller zum Thema KI-Souveränität umzusetzen, eine Herausforderung darstellt. Dass in der Ukraine russische militärische KI-Fähigkeiten getestet und eingesetzt werden, deutet auf einen ausgeweiteten Einsatz von KI-Technologien hin – und auf ein Potenzial für weitere Innovationen. Russlands Krieg gegen die Ukraine hat in Moskau absolute Priorität. Während Russland keinerlei Anstalten macht, seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu beenden, versucht es zunehmend KI einzusetzen, und zwar in Kombination mit anderen Entwicklungen, in erster Linie der Massenproduktion von Drohnen, etwa in der Sonderwirtschaftszone *Alabuga* in Tatarstan. Hier laufen die Anstrengungen, das Ausmaß und die Förderung der KI-gestützten Autonomie der russischen Rüstungsindustrie zu erhöhen, zusammen.

Russlands Aussichten, im Bereich der KI eine technologische Souveränität zu erreichen mögen zwar Zweifel aufwerfen, doch können staatsnahe Akteure und Freiwillige Wege finden, ausländische KI-Technologien einzusetzen, um die Sicherheit der Ukraine und Europas zu bedrohen. Russland hat zwar keine »souveränen« Lieferketten und ist von ausländischer Hardware abhängig, hat aber weiterhin Zugang zu Hardware, die nicht nur aus China kommt, sondern auch – trotz der Sanktionen – aus dem Westen. Diese Entwicklungen werfen wichtige Fragen auf, nämlich in Bezug auf die Durchsetzung der Sanktionen und der Exportbeschränkungen. Das betrifft auch den Bedarf an zusätzlichen Maßnahmen, um Russlands Umgehung der Sanktionen mit Hilfe Dritter zu begegnen.

Eine Untersuchung der KI-Entwicklungen in Russland kann auch andere Wege beleuchten, auf denen Russland versucht, den Westen zu destabilisieren. So können direkt mit dem russischen Staat verbundene oder von diesem unterstützte Akteure LLMs westlicher Firmen nutzen, um Software für autonome Drohnen zu entwickeln oder Desinformation zu verbreiten. Die russische Regierung versucht zudem, ihre KI-Modelle im Ausland zu vermarkten, zum Beispiel in Staaten wie dem Iran, mit denen Russland Technologie-Abkommen geschlossen hat, oder mit Ländern, mit denen Moskau seine Zusammenarbeit ausbauen will, etwa mit Mitgliedstaaten von BRICS+. Diese Exportanstrengungen werden von dem Narrativ begleitet, dass russische Modelle eine Alternative zu chinesischen oder US-Technologien darstellen oder in einer Linie mit den in Russland sogenannten »traditionellen Werten« stehen. Diese beinhalten im Wesentlichen jedoch Zensur und Beschränkungen, beispielsweise in Bezug auf Variationen von LLM-Ergebnissen zu Themen, die in Russland als »politisch« gelten, was die Desinformation für die Nutzer*innen von KI-Modellen befördert. Zusammengefasst ist das russische KI-Ökosystem zwar alles andere als ein »souveränes« KI-Modell, doch bedeuten Russlands KI-Entwicklungen eine Gefahr für die Sicherheit der Ukraine und Europas und sollten daher weiterhin dringlich beobachtet werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Dr. *Anna Nadibaidze* ist promovierte Politikwissenschaftlerin und arbeitet im Bereich internationale Politik am Zentrum für Kriegsstudien der Süddänischen Universität in Odense. Ihre Forschung befasst sich mit der militärischen Nutzung von KI und den Folgen für die internationale Sicherheit. Ihre Arbeiten wurden unter anderem in Zeitschriften wie *Contemporary Security Policy*, *Ethics and Information Technology*, und dem *European Journal of International Security* veröffentlicht.

Anmerkung

Dieser Beitrag stützt sich auf Forschungsergebnisse der Autorin, die im Rahmen des *AutoNorms*-Projekts erlangt wurden, das durch den Europäischen Forschungsrat über das Förderprogramm Horizont Europa der EU gefördert wurde (Förderbescheid Nr. 852123). Er erschien am 16.10.2026 unter dem Titel »Russian Military AI Capabilities: Prospects for Technological Sovereignty?« im Russian Analytical Digest No 347, S. 7–11, https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/russiananalyticaldigest-347.pdf, DOI: 10.3929/ethz-c-000807700.

Lesetipps

- Bondar, Kateryna. 2026a. *How Russia Is Building a Sovereign Drone Ecosystem for AI-Driven Autonomy*. Center for Strategic & International Studies and Wadhwani AI Center. https://www.csis.org/analysis/how-russia-building-sovereign-drone-ecosystem-ai-driven-autonomy.
- Bondar, Kateryna. 2026b. *How Russia Is Reshaping Command and Control for AI-Enabled Warfare*. Center for Strategic & International Studies and Wadhwani AI Center. https://www.csis.org/analysis/how-russia-reshaping-command-and-control-ai-enabled-warfare.
- Bondar, Kateryna. 2026c. "Russia Is Building Tomorrow's War Machine." *The New York Times*, April 21. https://www.nytimes.com/2026/04/21/opinion/russia-drones-putin-ukraine-war.html.
- Buziashvili, Eto. 2026. "Russia Wants to Sell 'Sovereign AI' Abroad. Here's What It's Really Selling." *Atlantic Council*, September 1. https://www.atlanticcouncil.org/dispatches/russia-wants-to-sell-sovereign-ai-abroad-heres-what-its-really-selling/.
- Byrne, James et al. 2022. *Silicon Lifeline: Western Electronics at the Heart of Russia's War Machine*. Royal United Services Institute. https://rusi.org/explore-our-research/publications/special-resources/silicon-lifeline-western-electronics-heart-russias-war-machine.
- Dobrynin, Sergei. 2025. "As DeepSeek Rises, Russia Falls Behind On AI." *Radio Free Europe/Radio Liberty*, February 7. https://www.rferl.org/a/deepseek-russian-ai-sber-yandex-kandinsky-censorship/33305704.html.
- Dubow, Ben. 2026. "How Russia Developed the First Killer AI Drone Despite Struggling in the AI Race." *The Moscow Times*, September 1. https://www.themoscowtimes.com/2026/09/01/how-russia-developed-the-first-killer-ai-drone-despite-struggling-in-the-ai-race-a93618.
- Human Rights Watch. 2025. "Ukraine: Russia Using Drones to Attack Civilians." June 3. https://www.hrw.org/news/2025/06/03/ukraine-russia-using-drones-attack-civilians.
- Kiselev, Aleksei. 2026. "Russia Is Not Even a Contender in the Global AI Race." *Carnegie Endowment for International Peace*, July 28. https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/politika/2026/07/russia-ai-race-spot.
- Levytska, Iryna. 2026. "Russia Begins Mass Deployment of Autonomous AI-Equipped Drones in Zaporizhzhia." *Ukrainska Pravda*, July 3. https://www.pravda.com.ua/eng/news/2026/07/03/8042223/.
- Manson, Katrina. 2026. *Project Maven: A Marine Colonel, His Team, and the Dawn of AI Warfare*. W.W. Norton. Meduza. 2026. "Russia's State Duma Passes Law Regulating AI, Requiring 'Respect for Traditional Russian Values.'" July 8. https://meduza.io/en/news/2026/07/08/russia-s-state-duma-passes-law-regulating-ai-requiring-respect-for-traditional-russian-values.
- Mittal, Vikram. 2026. "Russia's New AI System Aims to Fix Front-Line Decision-Making." *Forbes*, January 25. https://www.forbes.com/sites/vikrammittal/2026/01/25/russias-new-ai-system-aims-to-fix-front-line-decision-making/.
- Nadibaidze, Anna. 2022. "Understanding Russia's Efforts at Technological Sovereignty." *Foreign Policy Research Institute*, September 8. https://www.fpri.org/article/2022/09/understanding-russias-efforts-at-technological-sovereignty/.
- Nadibaidze, Anna. 2024a. "Russia's Drive for AI: Do Deeds Match the Words?" *The Washington Quarterly* 47 (4): 137–54. https://doi.org/10.1080/0163660x.2024.2435162.
- Nadibaidze, Anna. 2024b. "Technology in the Quest for Status: The Russian Leadership's Artificial Intelligence Narrative." *Journal of International Relations and Development* 27 (2): 117–42. https://doi.org/10.1057/s41268-023-00322-1.
- Nocetti, Julien. 2023. "Sanctions Calling: The Dire Prospects for Russia's Chips Industry." *Russian Analytical Digest* 298: 2–5. https://doi.org/10.3929/ethz-b-000621535.
- Ostrovsky, Nikita. 2026. "Russia Wants AI Sovereignty. It Has a Chip Problem." *Time*, June 18. https://time.com/article/2026/06/18/russia-ai-putin-chip-us-china/.
- War & Sanctions. n.d. *Barrage Munition with Artificial Intelligence V2U.* Accessed September 14, 2026. https://war-sanctions.gur.gov.ua/en/page-uav-v2u.

DEKODER

»Ihr werdet bestimmt nicht in den Sturm geschickt.« Wie Studierende in ganz Russland für Drohnen-Streitkräfte geworben werden

Einleitung von dekoder

Im November 2025 hat das russische Verteidigungsministerium die Aufstellung neuer »unbemannter Fliegereinheiten« bekanntgegeben. Kurz darauf begannen die Behörden mit der gezielten Anwerbung von Studierenden an Universitäten, Hoch- und Berufsschulen. Neben Agitationsveranstaltungen, Plakaten und Online-Anwerbe-Events werden Studierende zunehmend auch in persönlichen Gesprächen von Lehrkräften in die Reihen der russischen Invasionsarmee gedrängt. Dabei verspricht man den Studierenden oft einen sicheren und gut bezahlten Job weit weg von der Front, »garantiert« ihnen die Entlassung aus dem Militärdienst nach einem Jahr und den Erhalt ihres Studienplatzes.

Journalist:innen von *Verstka* berichten, wie viele Studierende sich so tatsächlich rekrutieren lassen und warum den »befristeten« Verträgen nicht zu trauen ist.

Russland (zwangs-)rekrutiert Soldaten an Hochschulen

»Wer sich für einen Mann hält, hebt jetzt bitte die Hand. Sind hier überhaupt Männer im Saal? Nein? Ich schäme mich für euch! Zieht doch gleich die Hosen aus, tragt Röcke und Schleifchen im Haar! Wozu haben eure Mütter euch erzogen? Zu Schlappschwänzen oder künftigen Vätern?«

In der Aula der Staatlichen Hochschule für Ingenieurwesen in Woronesh haben sich die Studierenden mehrerer Jahrgänge versammelt. Es herrscht Anwesenheitspflicht – wer da ist, wird auf der Liste abgehakt. Der Redner ist Alexej Skrypnikow, Dekan der Fakultät für Steuerung und Informatik technischer Systeme.

Dann erzählt ein anderer Redner den Studierenden von der Möglichkeit, in den Drohneneinheiten zu dienen: »Wir haben eine exzellente Armee, sie kommt wunderbar zurecht. Aber jetzt geht es darum, unsere Frontkämpfer zu unterstützen, da steht folgende Aufgabe an: Wir bitten euch um Hilfe – nicht auf die harte Tour.«

»Das echte Leben ist cooler als ein Simulator«

Seit Dezember 2025 finden in Bildungseinrichtungen »Informationsveranstaltungen«, »Unterricht in Mut und Tapferkeit« und »Gespräche über das Wichtige« statt. Sie werden entweder von der Verwaltung oder von Gästen abgehalten, etwa von Mitarbeitenden der Rekrutierungsstellen oder Kämpfer:innen der »militärischen Spezialoperation« – darunter Absolvent:innen der jeweiligen Hoch- oder Fachschulen, die sich bereits verpflichtet haben. Alle sprechen über die »neue Truppengattung« und ihre Zugangsvoraussetzungen.

Daten von *Verstka* zufolge [März 2026 – dek] sind solche Veranstaltungen für Studierende bereits an mindestens 203 Bildungseinrichtungen in ganz Russland – einschließlich der annektierten Krym und der besetzten ukrainischen Gebiete – durchgeführt worden, davon 91 Universitäten und 112 Berufs- und Fachhochschulen.

»Stellt euch vor, ihr kommt morgens in die Uni und werdet in der Eingangshalle vom OMON [Spezialeinheiten der Polizei – Anm. der Red.], der Nationalgarde, der Polizei und einer Hundestaffel begrüßt. Und jeder erzählt euch gern vom Los des Vaterlandsverteidigers und zeigt euch Dinge aus der Praxis«, so lockt ein Bericht in einer Chatgruppe der Staatlichen Wirtschaftsakademie Samara. »Die Soldaten erzählten von den Möglichkeiten des Beitritts zu einer neuen Truppengattung – den Einheiten für unbemannte Luftfahrzeuge.«

Nach den Fotos zu urteilen sitzen vor allem junge Männer im Publikum, zwischendurch sind jedoch auch Studentinnen zu sehen. Am Institut für Wassertransport in Jakutsk hieß es ausdrücklich, die Drohneneinheiten würden auch junge Frauen akzeptieren. Und wenn mehrere Frauen sich bewerben würden, würden sie alle demselben Dienstort zugewiesen. An der Eisenbahnfachschule in Dagestan gab es eine eigene Veranstaltung für Eltern von Schülerinnen und Schülern.

Ergänzend zu den Vorträgen werden Filme über Drohnen gezeigt. Ein Woronesher Student berichtete *Verstka* von einer Veranstaltung für Studierende zweier Fachrichtungen am 18. Februar 2026 in einer Unterrichtspause. Vor der Ansprache der Militärs wurden Bilder an die Leinwand gebeamt: Flaggen, technische Ausrüstung, Start und Zielausrichtung von Drohnen, Soldaten mit Joysticks in der Hand. »Man sah ›westliche Gamer‹ (gewöhnliche Leute in Zivil) und ›russische Gamer‹ (einen Uniformierten mit Joystick)«, erinnert sich der Student. »Danach kam die Texteinblendung: ›Das Leben ist cooler als ein Simulator‹ – das heißt, es ist cooler, auf echte Feinde zu schießen als auf virtuelle.«

Manchmal kommen sie mit echtem Kriegsgerät an die Universitäten. So wurden an der Staatlichen Universität Nowosibirsk »echte Drohnen vorgeführt« und in einer Filiale der Staatlichen Agrarhochschule Brjansk ein

Multicopter. Und auf dem Campus der Higher School of Economics in Moskau fand am 24. Februar ein Drohnenfestival statt, bei dem man an Drohnen-Wettflügen teilnehmen konnte.

Diese Veranstaltungen sind keine spontanen Ereignisse, sondern werden von den Leitungen der Hoch- und Fachschulen gezielt organisiert. So wurden die Dekan:innen und Direktor:innen der Technischen Universität Samara bei einer Konferenz im Dezember 2025 angewiesen, Vertreter:innen des militärischen Ausbildungszentrums zur Rekrutierung von Drohneneinheiten einzuladen. An der Energiewirtschaftsfachschule Irkutsk erklärte ein Mitarbeiter der Rekrutierungsbehörde den Lehrkräften, wie man Studierende anwirbt. Und die genossenschaftliche Ingenieurhochschule in Stawropol berief sich auf den Beschluss einer »regionalen Arbeitsgruppe zur Organisation von Informations-, Agitations- und Aufklärungsarbeit«.

Eingeladen werden die Studierenden in der Regel über öffentliche Social-Media-Gruppen und geschlossene Chats, in denen die Studierendenvertretungen die Ankündigungen des Lehrkörpers posten. Manchmal werden Tricks angewandt, damit auch wirklich alle kommen. So wurden etwa die Studierenden des Moskauer Panow-Colleges zu einer Informationsveranstaltung über Prüfungen und Abschlüsse eingeladen, tatsächlich wurde stattdessen für den Vertragsdienst in den Drohneneinheiten geworben.

»Vielleicht gibt es Dinge, die Ihnen innerlich zu schaffen machen«

Ein Student der Plechanow-Wirtschaftsuniversität in Moskau berichtet *Verstka*, dass er und seine Kommilitonen am 17. Februar direkt aus dem Unterricht zu einem »Gespräch mit dem Prorektor« geholt wurden. Ohne ihnen das Thema zu nennen, brachte man sie in ein anderes Gebäude. Dort in der Aula saßen die Studierenden der gesamten Fakultät, etwa 150 bis 200 Personen. Prorektor Michail Netschajewski hielt einen Vortrag, von dem *Verstka* eine Audioaufzeichnung vorliegt.

»Vielleicht gibt es Dinge, die Ihnen innerlich zu schaffen machen«, beginnt Netschajewski, um dann sofort zu versichern: »Der Vertrag ist auf ein Jahr befristet, zwei bis drei Monate davon sind Ausbildungszeit.«

Dann zählt er die Vorteile des Drohnendienstes auf: »Sie behalten Ihren Studienplatz«, »Sie bleiben in sicherer Entfernung von der Front«, »Sie erhalten alle Zahlungen genau wie andere Soldaten« – das seien in Moskau mindestens 5,2 Mio. Rubel [derzeit ca. 56.000 Euro] pro Jahr. Nach dem Dienst habe man Vorrang bei der Zulassung zum Masterstudium.

Alle diese »Boni« stehen im Handbuch des Verteidigungsministeriums für die Leiter militärischer Ausbildungszentren an staatlichen Bildungseinrichtungen. Auf der Website der Bezirksverwaltung von Sewernoje in der Oblast Nowosibirsk fand *Verstka* außerdem ein umfassendes Dokument mit dem Titel *Vorteile des vertragsbasierten Militärdienstes in den Drohneneinheiten*.

Darin ist die Rede von:

- »garantierter Entlassung« nach einem Jahr, wenn der oder die Studierende keinen neuen Vertrag abschließen will;
- »Ableistung des Wehrdienstes ausschließlich in den Einheiten für unbemannte Luftfahrzeugsysteme«;
- dem Erwerb »einzigartiger Kenntnisse und Fertigkeiten«, die »in vielen Wirtschaftszweigen« gefragt seien;
- »hohen Zusatzzahlungen« für das Zerstören feindlichen Kriegsgeräts.

Aus den Social-Media-Posts der Bildungseinrichtungen geht hervor, dass auf den Rekrutierungsversammlungen diese »Vorteile« sehr betont werden. Prorektor Netschajewski nannte noch einen weiteren Vorteil, der in den Handbüchern nicht aufgeführt ist: Im Prinzip brauche man für den Dienst in Drohneneinheiten keine akademische Beurlaubung. Man verliere kein Studienjahr und könne Prüfungen online ablegen: »Sie können ihre Handys behalten und uns jederzeit erreichen«.

Manche Bildungseinrichtungen möchten ihre Studierenden zusätzlich zum Drohnendienst motivieren. Laut einem Erlass der Technischen Fachschule für Elektronik und Maschinenbau in Wjatsk, auf den *Verstka* gestoßen ist, können Studierende im Drohnendienst mit »materieller Unterstützung in Höhe des bis zu 60-fachen Stipendienbetrags« rechnen. Das Stipendium liegt nach den Richtlinien von 2017 in der Regel bei 1500 Rubel [ca. 16 Euro]. An der Staatlichen Universität Sankt Petersburg gibt es einem Bericht des lokalen Onlinemediums *Fontanka* zufolge Einmalzahlungen in Höhe von 50.000 Rubel [ca. 530 Euro].

Die Wolga-Fachhochschule für Wassertransport bevorzugt beim Wechsel von der kostenpflichtigen zur hochschulfinanzierten Ausbildung Studierende, die den Vertrag unterzeichnen. Falls die Zahl der hochschulfinanzierten Studienplätze nicht ausreicht, werden ihnen die Studiengebühren zu 100 Prozent erlassen.

Am Ende der Veranstaltung war von Prorektor Netschajewski noch zu vernehmen: »Das Thema ist komplex. Der Staat hat da, milde ausgedrückt, Widersacher. Es kursieren unterschiedliche Informationen, die Sie auch ganz woanders hinlenken können.«

»Die Sache ist hundertprozentig ohne – wie sage ich das jetzt jugendfrei – ohne Betrug«

Das »Informationsfeld« lässt tatsächlich Zweifel aufkommen. Unabhängige Expert:innen haben die »einjährigen Sonderverträge« öffentlich als Trick bezeichnet, mit dem man Studierende in die Armee lockt. Auch

Verstka hat anhand von Auskünften von Rekrutierungsstellen und Jurist:innen bereits berichtet, dass alle Standardverträge automatisch verlängert werden, solange in Russland die Teilmobilisierung in Kraft ist. Auf solche Zweifel geht das Rekrutierungspersonal gesondert ein.

Viele Bildungseinrichtungen geben am Ende ihrer Posts Kontaktdaten oder eine Büroadresse an, an die man sich mit offenen Fragen wenden kann. Ein Journalist von *Verstka* rief an der Technischen Fachhochschule *Erster Mai* in der Oblast Tscheljabinsk an. Am anderen Ende meldete sich ein Vertreter der Streitkräfte, der bereits seit Längerem Studierende zum militärischen Vertragsdienst motiviert, wie ein Medienbericht von 2022 belegt.

Unser Journalist stellte sich als Student vor und formulierte seine Bedenken, einen einjährigen Vertrag abzuschließen, weil ja alle Verträge als unbefristet gelten würden, solange die Mobilisierung in Kraft sei. Die Antwort des Militärs klang angespannt:

»Wieso denn? Nein, nein, nein, wo denken Sie hin? Der Vertrag gilt ein Jahr. Die Sache ist hundertprozentig ohne – wie sage ich das jetzt zitierfähig und jugendfrei – ohne Betrug. Ich habe Ihnen [bei der Versammlung] doch alles gezeigt, den Vertrag und den Anhang. Da stand alles drin. Garantierte Dienstzeit von einem Jahr! Dieser Anhang wird vom Chef unterschrieben und abgestempelt. Und ein Exemplar verbleibt bei Ihnen.«

Der Rekrutierer beteuerte außerdem, die Studierenden würden laut diesem Vertrag ausschließlich in den Drohneneinheiten eingesetzt, nirgendwo sonst:

»Im Anhang steht, dass Sie nicht versetzt werden. Es gibt verschiedene Arten von Drohnen. Bei den Nahkampfdrohnen sind Sie fünfzehn bis zwanzig Kilometer [von der Front] entfernt, bei der Fernaufklärung ist die Distanz viel größer. Aber Sie kommen nicht zu den Stoßtrupps, Sie werden auf keinen Fall im Sturm eingesetzt.«

Zudem bekämen die Studierenden akademischen Urlaub und könnten ihr Studium ein Jahr später fortsetzen: »Wenn Sie im letzten Jahr sind, können Sie vorzeitig eine externe Diplomprüfung ablegen – das ist alles mit den Unis abgesprochen.«

An der Fernöstlichen Föderalen Universität in Wladiwostok nahm den Anruf des *Verstka*-Journalisten die Abteilung für Mobilisierungsarbeit und Wehrdiensterfassung entgegen. Der Mitarbeiter erwähnte im Gespräch, dass er zugleich bei der Rekrutierungsstelle beschäftigt sei. Auch er versicherte, man könne den »Sondervertrag« nach einem Jahr einfach auslaufen lassen, und bot an, ihn sofort per Post zuzuschicken.

Mancherorts wartet man gar nicht erst auf die Anrufe von Interessent:innen, sondern lädt sie einzeln zum persönlichen Gespräch. Der Student der Plechanow-Wirtschaftsuniversität erzählte *Verstka* von einem solchen Gespräch, das ein Dozent seines Lehrstuhls wenige Tage nach der Versammlung mit ihm geführt hat. Der Dozent berief sich auf eine Weisung, mit jedem jungen Mann ein vierzig- bis fünfzigminütiges Einzelgespräch zu führen und alle Vorteile des Vertrages anzupreisen, besonders die wirtschaftlichen: Fünf Millionen Rubel [ca. 53.000 Euro] bei nur einem Jahr Dienst. »Ja klar. Wer's glaubt«, so der ironische Kommentar des Studenten.

Laut dem Gesprächspartner von *Verstka* werde in den Einzelgesprächen oft versichert, man komme ganz bestimmt nicht an die Front. Man säße in einem Bunker auf mindestens 70 Kilometer Abstand, da könne gar nichts passieren. »Fast ein Kinderspiel«, spöttelt der junge Mann. Hartnäckig werde versucht, die Eltern einzubeziehen und auch sie zu überzeugen, dass einem danach alle Türen offenstünden.

Eine Studentin aus dem Süden Russlands erzählte *Verstka*, dass an ihrer Universität nicht alle Lehrkräfte die Idee mit den Verträgen gut finden: »Die stellvertretende Dekanin für Bildungsarbeit hat ganz offen zu uns gesagt: ›Unterschreibt bloß nichts, auf keinen Fall, das ist der Tod, ein Horror.‹ Man erwarte von ihr, dass sie uns da hineinziehe, aber sie werde diese Sünde nicht auf sich laden.«

Auf der Website für staatliche Dienstleistungen findet man ein Handbuch mit Fragen und Antworten zum »Vertragsdienst in den Einheiten für unbemannte Luftfahrzeugsysteme«. Es gibt auch eine vom Bildungsministerium der Region Chabarowsk überarbeitete Fassung »zur Verwendung in Gruppen- und Einzelgesprächen«.

In dem Handbuch heißt es: »Der Vertrag garantiert die Option, nach Ablauf seiner Gültigkeit aus dem Militärdienst auszuscheiden, wenn der Soldat nicht den Wunsch nach einem neuen Vertrag geäußert hat.«

Als Altersgrenzen für die Bewerbung werden 18 bis 35 Jahre für Piloten von FPV-Drohnen, 18 bis 45 Jahre für alle anderen genannt. Frauen können den Einjahresvertrag abschließen, »wenn es im Militär freie Posten gibt, die mit Militärdienstleistenden weiblichen Geschlechts besetzt werden können«.

»Wer den Anforderungen nicht genügt, kommt zur Infanterie«

Was die Werber und die Handbücher als »Sondervertrag« bezeichnen, ist in Wirklichkeit ein Standardvertrag mit dem Verteidigungsministerium. Er ist wie alle diese Verträge unbefristet, solange das Dekret über die Teilmobilisierung gilt. Neu ist lediglich der Anhang zur Ableistung des Militärdienstes in den Einheiten für unbemannte Luftfahrzeugsysteme. Die Passage, die zur Beendigung des Dienstes nach einem Jahr berechtigt, steht ausschließlich in diesem Anhang.

Auf der Website der Bezirksverwaltung von Tulun (Region Irkutsk) hat *Verstka* ein Muster des Vertrags

samt Anhang gefunden. Der Anhang kann auch auf der Website der Pädagogischen Uljanow-Hochschule in Uljanowsk eingesehen werden.

Die Überschrift des Anhangs ist mit folgender Fußnote versehen: »Wird bei der Ernennung für eine Besetzung militärischer Posten ausgefüllt, die mit der Anwendung und dem Betrieb von Drohnensystemen zusammenhängen.« Das bedeutet: Wenn der Kandidat das Auswahlverfahren für die Drohneneinheiten nicht besteht, gilt für ihn der Standardvertrag mit dem Verteidigungsministerium.

»Wer die Anforderungen nicht erfüllt, kommt zur Infanterie. Und die Zuweisung erfolgt erst nach Vertragsabschluss«, so der Militärjurist Artjom Klyga, Leiter der Rechtsabteilung der *Bewegung für Kriegsdienstverweigerung*.

Dazu passt auch die »dreimonatige Probezeit ab Dienstantritt« im Vertragsanhang. »Die Auswahl findet eben nicht, wie die Handbücher suggerieren, vor der Vertragsunterzeichnung statt, sondern erst danach«, warnt die *Bewegung für Kriegsdienstverweigerer*.

Alle von *Verstka* befragten unabhängigen Sachverständigen sind sich einig, dass man den Passus im Vertragsanhang zum Dienstende nach einem Jahr schwerlich als Garantie bezeichnen kann. Nach Ansicht der Experten entscheiden letztlich entweder Vorgaben von oben oder die Beziehung zum Vorgesetzten darüber, ob ein Soldat wirklich nach Ablauf eines Jahres ausscheiden kann. Es kann immer passieren, dass sein Vertrag automatisch verlängert wird oder sich schwerwiegende Gründe finden, ihn in der Armee zu behalten.

Studierende berichten, dass an einigen Hochschulen die Verwaltung Studierende mit Prüfungsrückstand zum Vertragsabschluss dränge. So biete etwa die Staatliche Morosow-Hochschule für Forstwirtschaft und Technologie in Woronesh keine Wiederholungsprüfungen mehr an.

Ein Student erzählt von einem Kommilitonen, dem trotz bereits bewilligter Anmeldung eine Wiederholungsprüfung verweigert wurde. Stattdessen wurde er zusammen mit anderen Studierenden, die mit ihren Prüfungen im Rückstand waren, zur Registrierung von Wehrpflichtigen geschickt.

Dort erfuhren sie von einer »mündlichen Anweisung des Rektors, dass Prüfungen nicht mehr nachgeholt werden dürfen«: »Du hast jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder du meldest dich ab und kommst zur Armee. Oder du unterschreibst den Vertrag, wir stellen dich für ein Jahr frei und du kassierst noch zwei Millionen Rubel [ca. 21.000 Euro] obendrein. Und wenn du zurückkommst, kriegst du ein Diplom mit Auszeichnung.«

Ein Student einer anderen Hochschule in Woronesh berichtet, dass an seiner Fakultät zwölf Personen zusammen zum Prorektor eingeladen wurden. Dort habe man sie vor die Wahl gestellt, entweder exmatrikuliert und zum regulären Wehrdienst eingezogen zu werden oder einen Vertrag für die Drohneneinheiten abzuschließen.

Bereits zuvor hatten Medien berichtet, dass Studierende der Technischen Bauman-Hochschule, der Russischen Technischen Universität und des College der Kasaner Innovationsuniversität auf ähnliche Weise unter Druck gesetzt wurden. Die Direktorin der letzteren Einrichtung, Julia Chadiullina, erklärte: »Das Land braucht Krieger. Und deshalb wird eine neue Armee aus Studenten geschaffen, die im Grunde keine Studenten mehr sind.«

Übersetzung aus dem Russischen von Anselm Bühling (gekürzt)

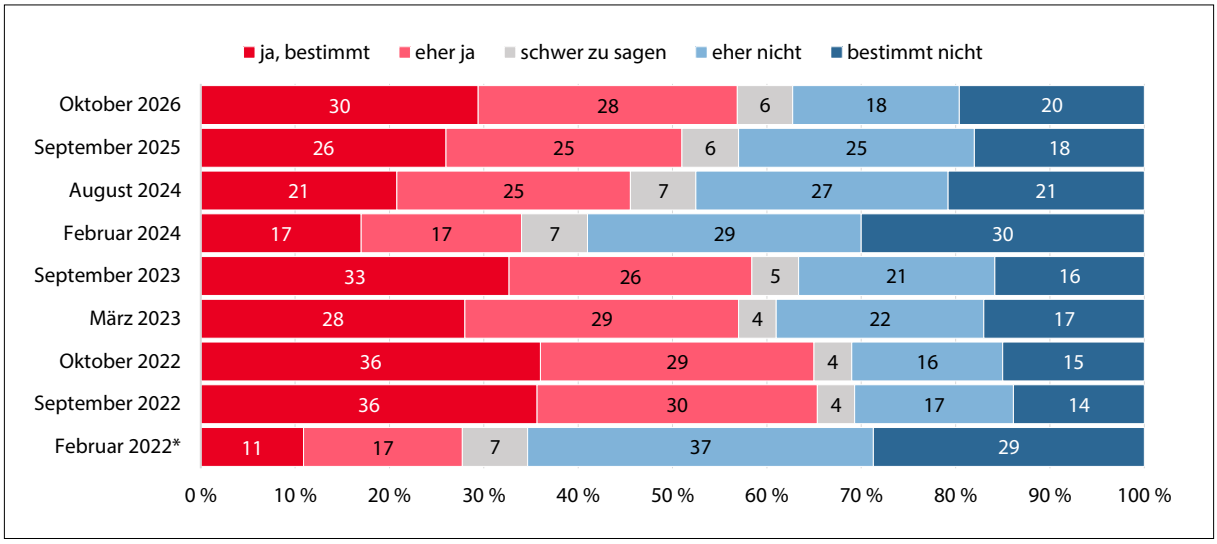
Dieser gekürzte Beitrag des Mediums Verstka erschien ursprünglich am 04.03.2026 unter https://verstka.media/studentov-po-vsej-rossii-verbuyut-v-bespilotnye-vojska *und wurde von dekoder ins Deutsche übersetzt und am 22. Oktober 2026 unter* https://www.dekoder.org/de/article/russland-zwangsrekrutierung-hochschulen/ *veröffentlicht.*

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

UMFRAGE

Furcht vor einer Mobilmachung

Grafik 1: Haben Sie die Befürchtung, dass wegen der militärischen Handlungen in der Ukraine die landesweite Mobilmachung in Russland ausgerufen wird? (in % der Befragten)



** Ergebnisse einer repräsentativen Telefonumfrage unter 1.000 Menschen am 27.02.2022*

Quelle: Repräsentative Umfragen des Lewada-Zentrums »Opasenija mobilisazii i predstawlenija o jejo neobchodimosti: oktjabr 2026« (dt. Befürchtungen vor einer Mobilisierung und Vorstellungen über ihre Notwendigkeit: Oktober 2026) von zuletzt 21.10. – 30.10.2026 unter 1.601 Befragten, veröffentlicht am 05.11.2026; online unter: https://www.levada.ru/2026/11/05/opaseniya-mobilizatsii-i-predstavleniya-o-ee-neobhodimosti-okt.

DOKUMENTATION

Russische Verluste im Eroberungskrieg gegen die Ukraine

Hacker aus Belarus (»Cyber-Partisans«) und der Ukraine (»Silent Crow«) haben die russische staatliche Statistikbehörde Rosstat gehackt. In den »Rosstat-Leaks« wurden die von der Statistikbehörde erfassten Daten zu russischen Verlusten im Angriffskrieg gegen die Ukraine veröffentlicht. Dabei wird für den Zeitraum von Februar 2022 bis August 2026 eine Gesamtzahl von 450.100 Toten genannt. Diese Zahl erfasst keine Verwundeten oder Vermissten und auch keine ausländischen Söldner.

Die Zahl von 450.000 entspricht Schätzungen westlicher Experten. Die Zeitschrift Economist hat die Rosstat-Daten mit einer Vielzahl von Schätzungen aus verschiedenen Quellen abgeglichen, wobei die Rosstat-Zahlen im Zeitverlauf durchgehend im Rahmen der anderen Schätzungen liegen. (Economist 10.11.2026, https://www.economist.com/graphic-detail/2026/11/10/our-analysis-of-the-leaked-russian-death-toll-in-ukraine) Im Ergebnis ist damit mittlerweile knapp 1 % der männlichen russischen Bevölkerung unter 60 Jahre aus dem Jahr 2021 für den russischen Angriffskrieg gestorben. 285.000 Tote sind in einem laufenden Rechercheprojekt der BBC mit dem exil-russischen Nachrichtenportal Mediazona namentlich identifiziert worden (https://en.zona.media/article/2026/11/06/casualties_eng-trl).

Ausgehend von früheren Kriegen wird häufig ein Verhältnis von 2:1 zwischen Toten und kampfunfähig Verwundeten angenommen, womit die Verluste der russischen Armee insgesamt bei 1.350.000 liegen würden. Aufgrund der neuen Kampfführung mit Drohnen, die einen »Todesstreifen« in Form eines »gläsernen Gefechtsfelds« geschaffen haben, lässt sich aber schwer abschätzen, ob dieses Verhältnis noch gilt. Ein Unterschied ist, dass die Bergung an der Front gestorbener oder verletzter Soldaten deutlich schwieriger geworden ist. Während die Ukraine große Bemühungen unternimmt Bergungen z.B. auch mit Roboterfahrzeugen durchzuführen, wird immer wieder berichtet, dass die

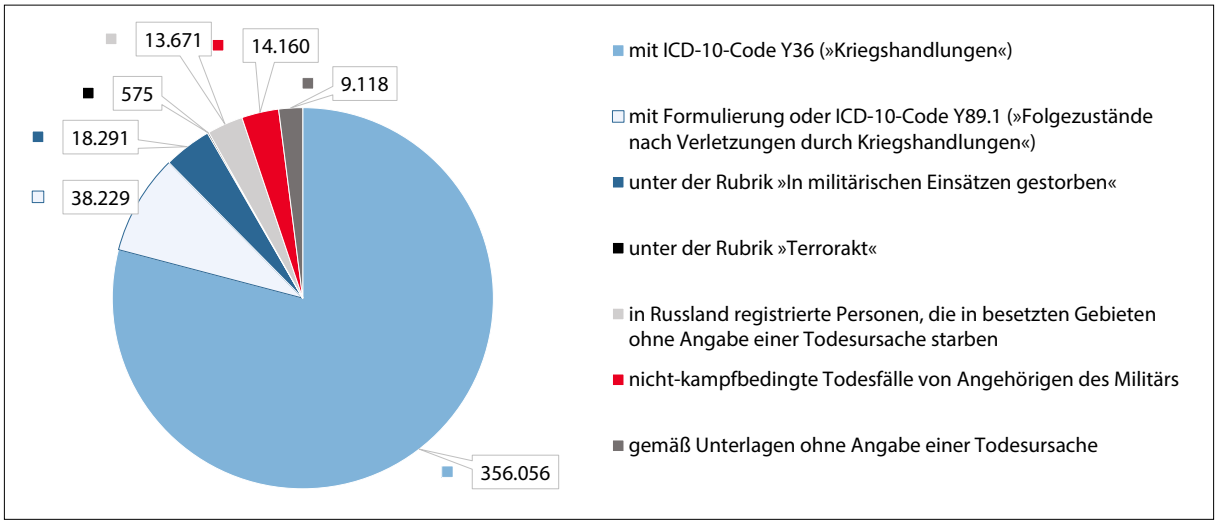
russische Armee keine Rücksicht auf Verluste nimmt. Das Center for Strategic & International Studies hat zu den russischen Verlusten bereits im Juli 2026, also vor den Rosstat-Leaks, eine ausführlichere Studie veröffentlicht, die von 400.000 bis 450.000 getöteten Soldaten und Verlusten der russischen Armee von insgesamt 1.400.000 Soldaten ausging (https://www.csis.org/analysis/russian-blood-and-treasure-ballooning-costs-putins-war).

Die Rekrutierung in die russische Armee erfolgt regional sehr ungleichmäßig. Regionen mit nationalen Minderheiten sowie ärmere Regionen sind überrepräsentiert. (https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/nr-462/560130/kommentar-millionen-fuer-eine-unterschrift-russlands-rekrutierung-in-den-regionen/).

Die Russland-Analysen dokumentieren hier für die Rosstat-Leaks die Zusammensetzung der Gesamtzahl von 450.100 Toten nach statistischen Kategorien sowie nach der Region des zivilen Wohnsitzes.

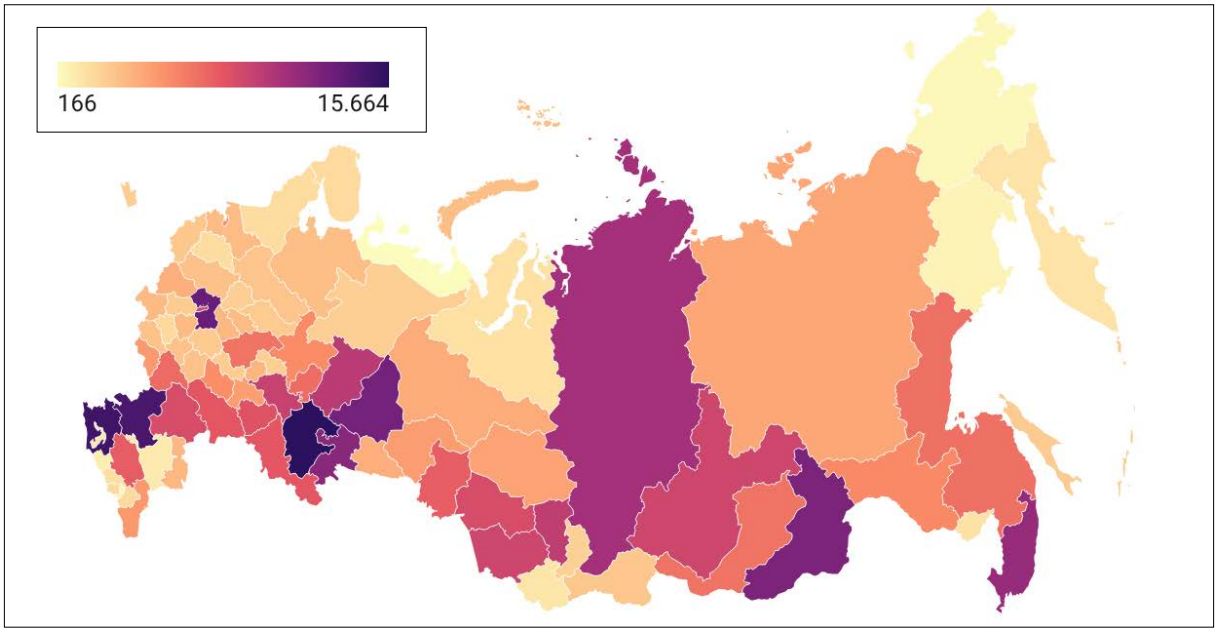
Die Redaktion der Russland-Analysen

Grafik 1: Zusammensetzung der Zahl der im Krieg Getöteten nach statistischen Kategorien



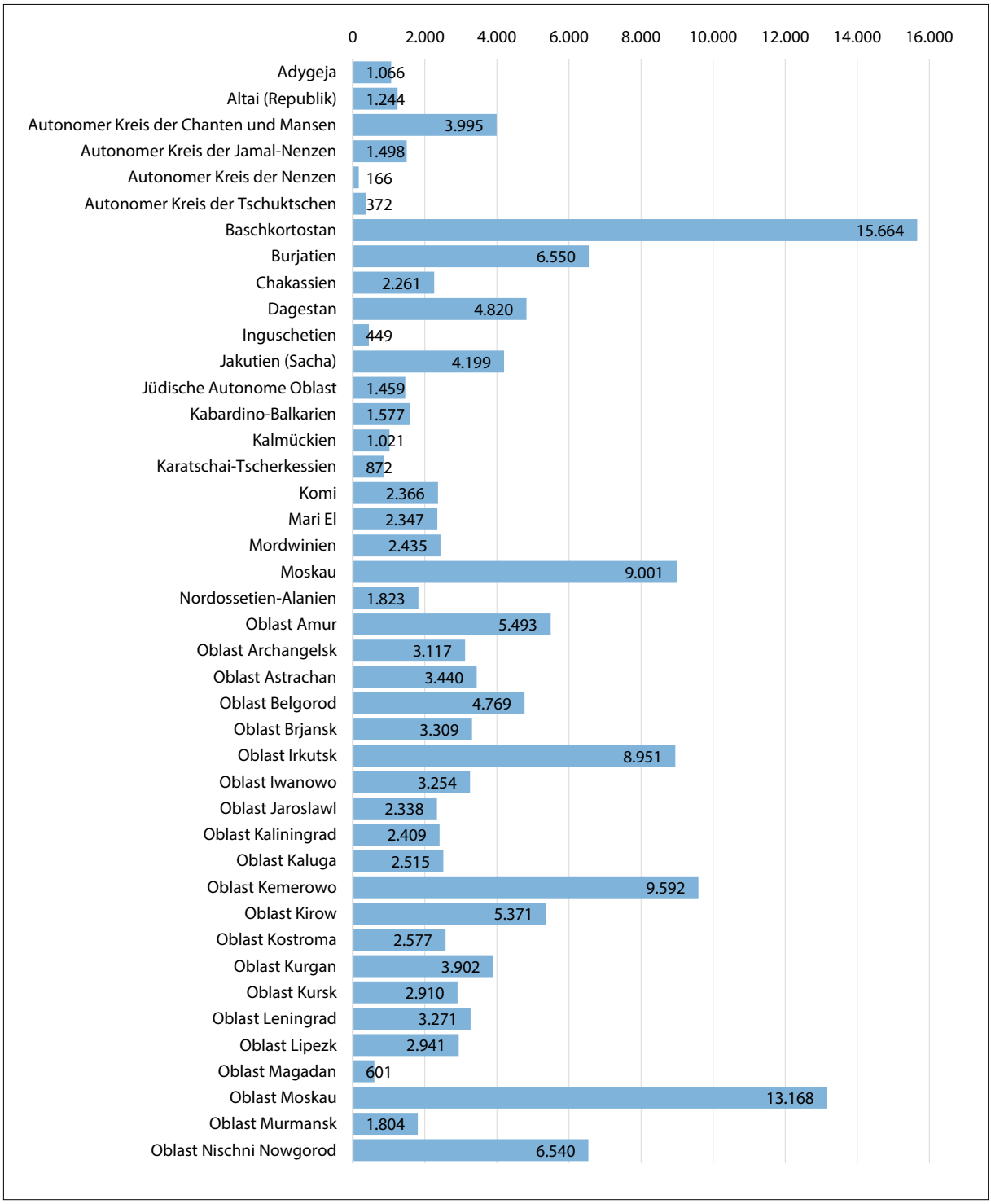
ICD-10 Codes: Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme 10. Revision (ICD-10-WHO)
Quelle: https://rosstat-leaks.com/?lang=en

Grafik 2: Im Krieg getötete Soldaten nach Herkunftsregion



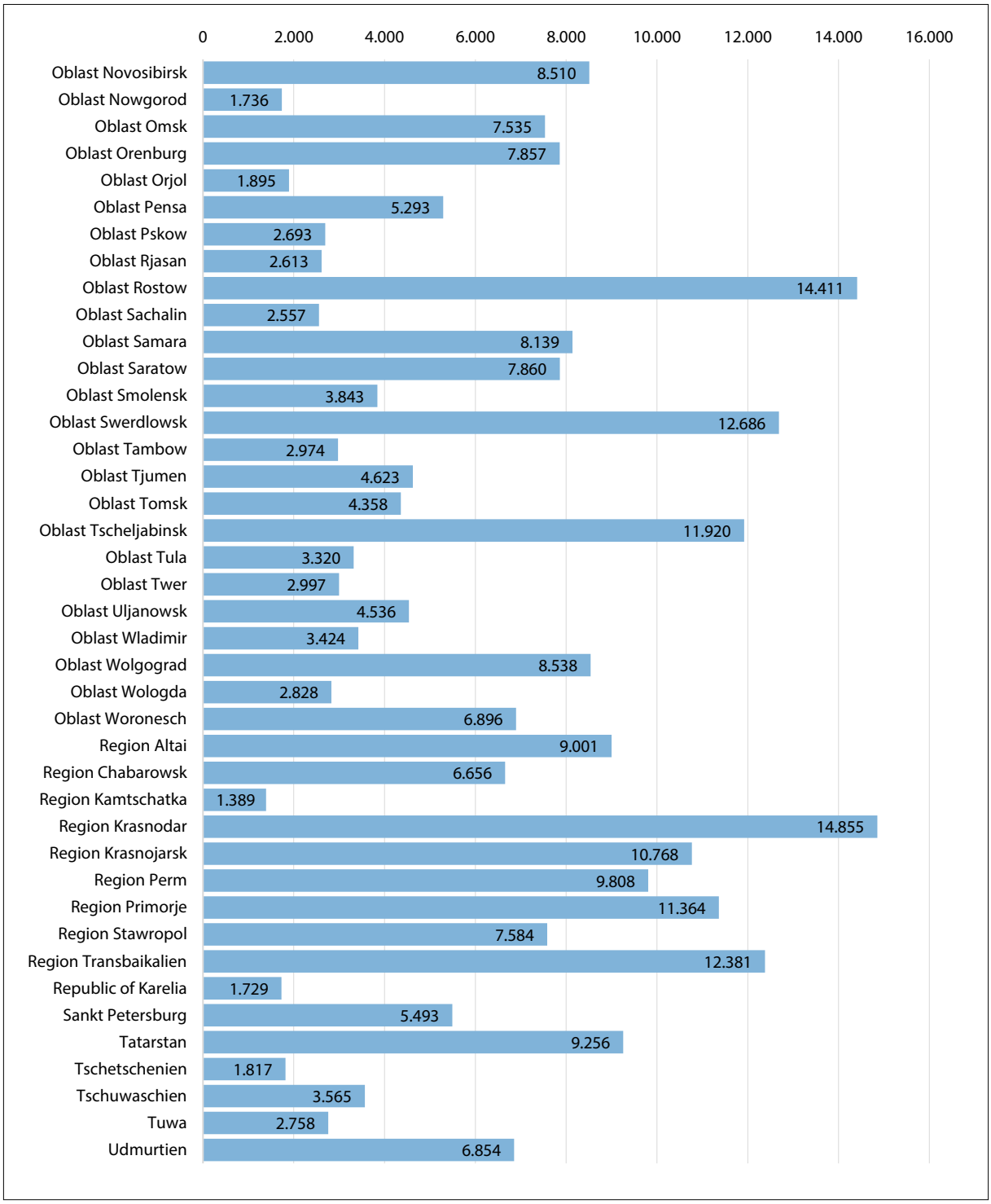
Datenquelle: https://rosstat-leaks.com/?lang=en#where-from*; ohne von Russland besetzte Gebiete der Ukraine; Grafik erstellt mit Datawrapper*

Grafik 3a: Im Krieg getötete Soldaten nach Herkunftsregion



Datenquelle: https://rosstat-leaks.com/?lang=en#where-from; *ohne von Russland besetzte Gebiete der Ukraine*

Grafik 3b: Im Krieg getötete Soldaten nach Herkunftsregion



Datenquelle: https://rosstat-leaks.com/?lang=en#where-from; *ohne von Russland besetzte Gebiete der Ukraine*

DOKUMENTATION

UN-Stellungnahmen zu russischen Luftangriffen auf zivile Ziele in der Ukraine

Matthias Schmale (Humanitärer Koordinator für die Ukraine, Vereinte Nationen)

Zugfahrten dürfen niemals mit Tod und Verwüstung enden

[…]
Vor wenigen Stunden haben die Streitkräfte der Russischen Föderation einen Angriff auf die Stadt Dnipro gestartet. Berichten zufolge wurden am Hauptbahnhof der Stadt mindestens 13 Zivilisten getötet und 10 verletzt. Zivilisten, die sich auf eine Reise vorbereiteten oder Angehörige empfingen bzw. von ihnen Abschied nahmen, sahen sich mit Tod und Verwüstung konfrontiert. Vertriebene und humanitäre Helfer in einem Transitzentrum am Bahnhof standen nach den Explosionen in der Nähe unter Schock.

Im Namen der Vereinten Nationen spreche ich den Familien der Getöteten mein Beileid aus und wünsche allen Verletzten und Traumatisierten eine schnelle Genesung.

In der Ukraine ist die Bahn ein wichtiges Verkehrsmittel. Seit Beginn des Jahres sind Reisende und Bahnmitarbeiter auf jeder Fahrt erhöhten Risiken ausgesetzt, da russische Militärschläge und Luftangriffswarnungen die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Züge beeinträchtigen.

Die letzten Monate waren geprägt von wiederholten Angriffen im ganzen Land auf zivile Infrastruktur, die für das tägliche Leben der Menschen unverzichtbar ist, darunter Brücken, Krankenhäuser, Schulen, Einkaufszentren und Bahnhöfe.

Die Bilder aus Dnipro dürfen nicht zu einer weiteren Geschichte werden, die aus dem Blickfeld gerät. Hinter jedem Opfer steht ein Mensch, eine Familie und eine Zukunft, die für immer verändert ist.

Es kann nicht oft genug betont werden, dass Zivilisten und zivile Infrastruktur durch das humanitäre Völkerrecht geschützt sind.
Kiew, 29. Oktober 2026

Übersetzung: Russland-Analysen

Quelle: Schmale, Matthias: Train journeys must never end in death and devastation, Press release, United Nations Ukraine, 29/10/2026, online: https://ukraine.un.org/en/325374-train-journeys-must-never-end-death-and-devastation.

Bei einem eklatanten Angriff am 2. November wurden Zivilisten und Rettungskräfte an einer Hilfsgutverteilungsstelle in der Region Saporischschja getötet

3. November 2026
[…]
Am Vormittag des 2. November kamen Berichten zufolge bei Luftangriffen der Streitkräfte der Russischen Föderation auf Komyschuwacha in der Region Saporischschja mindestens 29 Zivilisten ums Leben, darunter überwiegend Anwohner, die in einer örtlichen Schule Hilfe in Anspruch nehmen wollten, sowie Mitarbeiter der lokalen Verwaltung. Bei nachfolgenden Angriffen auf denselben Ort kamen zwei Rettungskräfte und vier Polizeibeamte ums Leben, die auf den ersten Angriff reagiert hatten. Mehrere Rettungskräfte und Polizisten wurden zudem verletzt. Fast 50 Menschen werden noch vermisst und könnten unter den Trümmern verschüttet sein, während die Rettungsarbeiten weitergehen.

Meine Gedanken sind bei den Familien, die um ihre Angehörigen trauern, und bei all jenen, deren Leben durch diese Angriffe zerstört wurde.

Sowohl die Schule, die zur Verteilung von Hilfsgütern genutzt wurde, als auch eine nahegelegene Notunterkunft, in der Zivilisten Schutz gesucht hatten, wurden getroffen.

Menschen, die in der Nähe der Frontlinie leben, erdulden ohnehin schon immense Not. Die Vorstellung, bei der Suche nach lebensnotwendiger Hilfe oder Zuflucht getötet zu werden, ist erschreckend.

Zivilisten, die Hilfe suchen, und Ersthelfer, die zur Rettung eilen, dürfen niemals zur Zielscheibe werden. Zivile Einrichtungen, einschließlich humanitärer Hilfseinrichtungen, müssen gemäß dem humanitären Völkerrecht respektiert und geschützt werden.

Übersetzung: Russland-Analysen

Quelle: Schmale, Matthias: A flagrant attack on 2 November killed civilians and first responders at a relief distribution site in Zaporizhzhia region, Press release, United Nations Ukraine, 03/11/2026, online: https://ukraine.un.org/en/325644-flagrant-attack-2-november-killed-civilians-and-first-responders-relief-distribution-site.

Lesetipp:
Adams, Paul: Fear and disruption for Ukraine's rail passengers as Russia escalates drone attacks, BBC, 06/10/2026, online: https://www.bbc.com/news/articles/cr4g1qxzwyj1o.

Austausch e.V. präsentiert den Bericht »Rechtswidriger Freiheitsentzug von ukrainischen und ausländischen Staatsangehörigen durch die Besatzungstruppen der Russischen Föderation«

8.221 Menschen: Das Ausmaß der rechtswidrigen Inhaftierung ukrainischer Zivilpersonen durch Russland – Ergebnisse des Monitorings«

Austausch e.V. präsentiert gemeinsam mit ukrainischen Menschenrechtsorganisationen einen Monitoringsbericht über die rechtswidrige Festhaltung ukrainischer und ausländischer Zivilpersonen durch die Besatzungskräfte der Russischen Föderation. […]

Die Autor:innen untersuchten das Problem der rechtswidrigen Inhaftierung ukrainischer Nichtkombattant:innen anhand von vier Informationsquellen: Open-Source-Monitoring (OSINT) – Telegram-Kanäle der Besatzungsverwaltungen und russischer Sicherheitsbehörden, Staatsmedien und Gerichtsregister; die Auswertung russischer Strafverfahren; Interviews mit freigelassenen Zivilpersonen und Kriegsgefangenen; sowie Eingaben von Familien Vermisster.

Hauptschlussfolgerung der Autor:innen: Die systematischen Menschenrechtsverletzungen an ukrainischen Zivilpersonen und Kriegsgefangenen sind keine Exzesse einzelner Täter, sondern eine gezielte Staatspolitik des russischen Regimes, die als Staatsterror bezeichnet werden kann. Ihr Ziel ist die Festigung der Kontrolle über die besetzten Gebiete durch die Schaffung einer Atmosphäre der Angst.

Die Studie zeigt, dass das russische Regime ein System quasi-rechtlicher Akte geschaffen hat, auf deren Grundlage die rechtswidrige Freiheitsentziehung von Ukrainer:innen formalisiert wird. Diese Regelungsdokumente wurden nicht veröffentlicht, weshalb ihre Anwendung nicht nur den internationalen Verpflichtungen Russlands, sondern auch seiner eigenen Verfassung widerspricht. Rechtliche Grundlage für die Festhaltung von Menschen sind Anordnungen der Militärkommandanten – Struktureinheiten der Militärpolizei des russischen Verteidigungsministeriums.

Die Autor:innen betonen: Die Freilassung der Menschen und die Verbesserung ihrer Haftbedingungen sind nur durch Zwang gegenüber Russland möglich – durch strafrechtliche Verfolgung in der Ukraine, die Anwendung des Weltrechtsprinzips durch andere Länder sowie Sanktionen gegen die verantwortlichen staatlichen Strukturen: die Militärpolizei des russischen Verteidigungsministeriums, den FSB und den FSIN (Föderaler Strafvollzugsdienst). Die Resolutionen des Europäischen Parlaments von 2025 und 2026 haben erstmals die Möglichkeit eröffnet, sich für EU-Sanktionen gerade gegen diese staatlichen Institutionen einzusetzen – und nicht nur gegen einzelne Amtsträger.

Wichtige Zahlen:
- 8.221 einzigartige Fälle rechtswidriger Inhaftierung dokumentiert im Zeitraum vom 24. Februar 2022 bis 31. Dezember 2025
- bis zu 17.000 Zivilpersonen werden schätzungsweise von Russland im Zusammenhang mit dem Konflikt festgehalten
- rund 1.900 Personen durch verschiedene Quellen an Orten der Zwangsinhaftierung bestätigt
- 1.720 dokumentierte Fälle rechtswidriger Freiheitsentziehung von Frauen (die Jüngste 18 Jahre, die Älteste über 85 Jahre alt)

- über 91 % der freigelassenen Zivilpersonen berichteten von Folter, Misshandlung und sexualisierter Gewalt (Daten des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte)
- rund 200 Orte der Zwangsinhaftierung, an denen ukrainische Zivilpersonen festgehalten werden
- 43,2 Jahre – Durchschnittsalter der Inhaftierten; überwiegend sozial und wirtschaftlich aktive Menschen
- 6.511 Fälle der Inhaftierung von Männern
- 75 % der Familien wissen nicht, wo sich ihre Angehörigen befinden; 60 % erhalten überhaupt keine offizielle Information (Umfrage des ukrainischen Journalistenverbands NUJU unter 94 Familien)
- 235.558 Aggressions- und Kriegsverbrechen wurden von der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine bis Mai 2026 registriert

Unter den Inhaftierten befinden sich Vertreter:innen der Kommunalverwaltung, Beamt:innen, Lehrkräfte, medizinisches Personal, Unternehmer:innen, zivilgesellschaftliche Aktivist:innen und Geistliche. Am häufigsten werden Menschen mit proukrainischer Haltung und Meinungsführer:innen festgenommen, was die Repressionen als gezielte Strategie zur Unterdrückung zivilgesellschaftlichen Engagements kennzeichnet. […]
22.07.2026

Die englische Fassung der Studie ist online verfügbar unter: https://drive.google.com/file/d/153cvmw7T4RmSOkoqel20rYYcsnApxr58/view.

Quelle: Austausch e.V. – Für eine europäische Zivilgesellschaft: 8.221 Menschen: Das Ausmaß der rechtswidrigen Inhaftierung ukrainischer Zivilpersonen durch Russland – Ergebnisse des Monitorings, 22.07.2026, online unter: https://austausch.org/2026/07/22/das-ausmass-der-rechtswidrigen-inhaftierung-ukrainischer-zivilpersonen-durch-russland/.

DOKUMENTATION

Erklärung der Nowaja Gaseta zur Schließung der Zeitung

Wir wurden getötet

Erklärung der »Nowaja Gaseta«* zur Beendigung ihres Lebens

Am 9. November werden wir das Licht in unserem Haus, in dem wir 30 Jahre lang gelebt haben, ausmachen, die Server abschalten und gehen. Die Zeitung gibt es nicht mehr. Die russischen Behörden und die russischen Geheimdienste haben die Redaktion dazu gezwungen, ihre Arbeit einzustellen.

Mehr als dreißig Jahre unseres Lebens gemeinsam mit dem Land und seinen Bürgern werden für uns auf der Straße enden, ohne Existenzgrundlage und unter ständiger Androhung von Repressionen.

Unsere Lebensjahre waren glücklich – geprägt von Kreativität und Hoffnungen, von Lesern, Freunden, Texten und Filmen. Zuweilen waren diese Jahre jedoch auch verzweifelt bitter.

Bitter, weil gerade während der Herrschaft dieses Regimes – und nicht in den räuberischen 90er Jahren – unsere Kollegen aus politischen Gründen, weil sie ihre berufliche und bürgerliche Pflicht erfüllt hatten, ermordet wurden: Igor Domnikow, Jurij Schtschekotchichin, Anna Politkowskaja, Stas Markelow, Anastasia Baburowa, Natalja Estemirowa.

Zeitgleich mit dem Räumungsbescheid wurde das Spendensystem abgeschaltet, das es uns ermöglichte, Spenden von unseren Lesern zu erhalten. Das heißt, man hat uns die finanziellen Mittel entzogen. Vollständig.

Das ist eine koordinierte Aktion. Niemand lässt sich von den Rechtfertigungen der Banken überzeugen, dass sie dies aufgrund interner Unternehmensvorschriften tun. Es handelt sich um externe Vorschriften, die vom repressiven Staatsapparat festgelegt wurden, von FSB-Mitarbeitern, die sich in jede Organisation eingeschleust haben. Sie betrachten das Land als ihr Eigentum.

Seit Beginn der Kriegshandlungen wurde uns, wie allen anderen Journalisten auch, die Möglichkeit genommen, über die wichtigsten und tragischsten Ereignisse der Gegenwart zu berichten. Es wurden Gesetze verabschiedet, die die Zensur wieder ins Land gebracht haben. Dann breitete sich diese Zensur auf praktisch alle Bereiche des menschlichen Lebens aus.

Die Behörden haben alle unsere Internetseiten gesperrt. Der Staat hat uns unsere Druckerei weggenommen, und Geheimdienstoffiziere sowie Zensoren, die in anderen Druckereien ihr Unwesen trieben, verwehrten uns die Veröffentlichung unserer Zeitung. Viele unserer Mitarbeiter waren gezwungen, das Land zu verlassen.

Anschließend entzog uns der Staat die Registrierung als Medienunternehmen und nahm uns damit das Recht, unseren Lebensunterhalt durch unsere Arbeit zu verdienen.

Gegen den Chefredakteur und Friedensnobelpreisträger Dmitrij Muratow* wurde ein Angriff verübt, bei dem er beinahe sein Augenlicht verlor. Es wurde kein Strafverfahren eingeleitet, obwohl die Täter bekannt sind.

Danach wurden unsere Journalisten als »ausländische Agenten« eingestuft, angefangen beim Chefredakteur.

Anschließend wurden Verwaltungsverfahren gegen die Redaktionsleitung eingeleitet.

In Tschetschenien wurde unsere Korrespondentin Elena Milaschina entführt und halb totgeschlagen.

Der Chefredakteur der Zeitung, Oleg Roldugin, wurde als Geisel genommen, unter dem Vorwurf, als Journalist tätig gewesen zu sein. Der Prozess steht kurz bevor.

In der Redaktion der »Nowaja Gaseta« fand eine stundenlange Durchsuchung statt, ebenso in der Wohnung des Chefredakteurs.

Im September dieses Jahres wurde die gesamte Redaktion zum »ausländischen Agenten« erklärt, wobei über hundert Personen – Journalisten und Autoren – in die Teilnehmerlisten aufgenommen wurden.

Fast fünf *** [Kriegs- – Anm. d. Red.] Jahre konnten wir inmitten der Überwachung durch die Geheimdienste arbeiten.

Und nun ist alles vorbei. Wir befinden uns in der »Kill-Zone«.

Das ist nicht nur unsere persönliche Geschichte. Es ist die Geschichte eines Landes und einer Gesellschaft, die auf genau dieselbe Weise zermürbt werden.

Dafür sorgen der FSB, das Justizministerium, die Staatsanwaltschaft und all jene, die den Staat privatisiert und die Macht an sich gerissen haben. Das ist kein sowjetisches Ressentiment – mit ihm als Deckmantel wurde fast schon eine Militärdiktatur errichtet.

Sie behaupten, sie würden die verfassungsmäßige Ordnung verteidigen. Nein, es ist eine verfassungswidrige Ordnung. Denn die Verfassung wurde vergewaltigt, zusammengeschlagen und mit abgeklebtem Mund in ein Gefängnis geworfen zu einer enorm langen Haft. Genauso wie Tausende Bürger ihres Landes, die sich lediglich an die Artikel dieser Verfassung gehalten haben. Genauso wie Zehntausende andere Bürger des Landes, die gezwungenermaßen zu Flüchtlingen wurden, ihre Häuser verließen und ins Ungewisse flohen.

Hört auf zu sagen, dass wir uns nicht im stalinistischen Jahr 1937 befinden und dass die Repressionen einen gewissen »digitalen Charakter« hätten. Das sind staatliche Repressionen. Und es sind Menschen, keine Zahlen, die in den Zellen sterben. Punkt.

Das Leben eines Menschen hat seinen Sinn verloren und an Wert eingebüßt.

Das Wort »Verfassung« ruft Sarkasmus und Gelächter hervor. Bei allen. Sogar bei den Richtern. Vor allem bei den Richtern. Niemand glaubt daran, dass dies das Grundgesetz des Landes ist und dass der Präsident darauf einen Eid geleistet hat. Beachten Sie: Die offizielle Propaganda bezeichnet den Präsidenten schon lange nicht mehr als Garanten der Verfassung.

Im Land sind die Menschenrechte und -freiheiten abgeschafft, und ihr Schutz wird mit einem Verbrechen gleichgesetzt. Wahlen und gewählte Regierungsorgane sind de facto abgeschafft. Gesellschaftliche Institutionen sind abgeschafft. Die Gewissensfreiheit und die Menschenwürde sind mit Füßen getreten. Das Privatleben wurde mit schmutzigen Händen auf den Kopf gestellt.

Klingt Artikel 29 der Verfassung – »Zensur ist verboten« – heute nicht wie eine Verhöhnung? Das Gericht als Institution wurde zusammen mit dem Gesetz und dem Recht zerstört. Das Bekenntnis zu Überzeugungen gilt nun als Landesverrat.

Aber Verrat ist es, wenn der Staat seine eigene Verfassung verrät. Und dieser Verrat ist ein andauerndes Verbrechen, das sich gerade vor den Augen der ganzen Welt abspielt.

Die Vernichtung der »Nowaja Gaseta« ist ein weiterer Beweis dafür.

All die Jahre haben wir genau darüber geschrieben. Solange wir konnten. Deshalb haben sie uns vernichtet.

Danke an alle, die uns zugehört haben.

Die Redaktion

P.S.

Die letzte Ausgabe wird erscheinen.

* aufgenommen vom Justizministerium der Russischen Föderation in das Register der »ausländischen Agenten«

Übersetzung: Russland-Analysen

Quelle: Redaktion der Nowaja Gaseta (30.10.2026): »Nas ubili. Sajawlenie ›Nowoj gasety‹ o prekraschtschenii swojej shisni« (dt. Wir wurden getötet. Erklärung der »Nowaja Gaseta«* zur Beendigung ihres Lebens), online unter:* https://novayagazeta.ru/articles/2026/10/30/nas-ubili.

DOKUMENTATION

Pressemitteilung des Europarats: Russland tritt offiziell aus der Anti-Folter-Konvention des Europarats aus

Der Austritt der Russischen Föderation aus dem Europäischen Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe […] tritt heute, am 1. November 2026, in Kraft.

01.11.2026
Die russischen Behörden haben dem Europarat am 30. Oktober 2025 ihre Entscheidung mitgeteilt, das Übereinkommen zu kündigen. Gemäß Artikel 22 des ECPT [European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment – Anm. d. Red.] wird der Austritt ein Jahr nach dem Datum der Notifizierung wirksam.

Die Russische Föderation ist seit 1998 Vertragspartei des Übereinkommens. Zwischen 1998 und 2021 führte der CPT [kurz für Committee for the Prevention of Torture – Anm. d. Red.] 30 Besuche in der Russischen Föderation durch, bei denen er mehr als 450 Haftanstalten besuchte. Die Russische Föderation war jedoch der einzige Vertragsstaat, der eine erklärte Politik verfolgte, die Veröffentlichung von CPT-Besuchsberichten und der darauf gegebenen Antworten nicht zu genehmigen, während sich alle anderen europäischen Länder für mehr Transparenz einsetzten. Folglich wurden nur vier Besuchsberichte zur Veröffentlichung freigegeben. Die unveröffentlichten Berichte beziehen sich auf regelmäßige und Ad-hoc-Besuche, darunter 10 Besuche in Tschetschenien und im Nordkaukasus zwischen 2000 und 2017. Russland kann die Veröffentlichung dieser Berichte jederzeit genehmigen.

Seit der großangelegten Invasion der Ukraine durch die Russische Föderation im Februar 2022 hat der CPT zahlreiche Berichte über mutmaßliche Folter und Misshandlung in Haftanstalten durch russische Beamte erhalten, und zwar nicht nur in den besetzten Gebieten der Ukraine, sondern auch innerhalb der Russischen Föderation. Aufgrund der mangelnden Kooperationsbereitschaft der russischen Behörden war es dem CPT jedoch nicht möglich, einen Besuch in der Russischen Föderation durchzuführen, um sich selbst ein Bild von der Lage zu machen. Diese mangelnde Kooperationsbereitschaft steht im Gegensatz zum Verhalten der ukrainischen Behörden, die dem CPT weiterhin Besuche in allen Haftanstalten auf ihrem Staatsgebiet zu jedem vom Ausschuss gewählten Zeitpunkt gestatten. Darüber hinaus fördert die Ukraine die Transparenz durch die fortgesetzte automatische Veröffentlichung der CPT-Berichte.

»Der Austritt der Russischen Föderation bedeutet das Ende des Überwachungsmandats des CPT in diesem Land. Er bedeutet auch das Ende jeglicher unabhängiger Überwachung von Haftanstalten innerhalb der Russischen Föderation. Dennoch bleibt der präventive Ansatz des Übereinkommens so wichtig wie eh und je: Die unabhängige Überwachung von Haftanstalten ist eine grundlegende Schutzmaßnahme gegen Folter und Misshandlung«, sagte Alan Mitchell, Präsident des CPT.

Der CPT wird sein Mandat in den 46 Mitgliedstaaten des Europarats weiterhin wahrnehmen, mit dem Ziel, den Schutz der Würde und der Rechte aller Personen, denen die Freiheit entzogen ist, zu stärken.

Übersetzung: Russland-Analysen

Quelle: European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT): Russia officially withdraws from the Council of Europe's Anti-Torture Convention, News 2026, 01/11/2026, online: https://www.coe.int/en/web/cpt/-/russia-officially-withdraws-from-the-council-of-europe-s-anti-torture-convention.

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (http://www.laender-analysen.de/russland/) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1.

Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992. Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus und oder Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenauen Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen. Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:
Dr. Fabian Burkhardt, Anastasia Stoll (verantwortlich)
Alena Schwarz (Chronik)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:
Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1613-3390 © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/russland/

LÄNDER–ANALYSEN

Belarus–Analysen | Polen–Analysen | Russland–Analysen | Ukraine–Analysen | Zentralasien–Analysen

Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: https://laender-analysen.de/abonnement/

In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:
https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html

DGO Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. | Deutsches Polen Institut | Forschungsstelle Osteuropa | IAMO | IOS Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung | ZOIS Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien

CSS ETH Zurich | University of Zurich[UZH] CEES Center for Eastern European Studies | Institute for European, Russian, and Eurasian Studies The George Washington University | UNI FR Université de Fribourg Universität Freiburg